



# Freistaat Preußen

Administrative Regierung und  
Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs/Deutschland  
in der Funktion des persistent objector  
- ius cogens -

Innere Angelegenheiten  
Ada Cornelia a.d.F. R e i c h h e l m  
[www.freistaat-preussen.world](http://www.freistaat-preussen.world)

an  
die restitutiven alliierten Besatzermächte Deutschlands zur Kenntnis  
die Geschäftsführerin der Bundesrepublik Deutschland/Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel  
alle Verwaltungsinstitutionen der Bundesrepublik Deutschland

## **Niederschrift und Eilanordnung Nr. 06072018 Keine weitere Usurpation und keine illegale Migration auf dem Staatshoheitsgebiet des Völkerrechtssubjekts Freistaat Preußen**

Werte Frau Merkel,  
werte Damen und Herren,

am 16. März 2000 bei der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg sagte der damalige US-Botschafter John Kornblum in seiner Rede:

*„Nur zwei Jahre nach der Erlangung der Unabhängigkeit unterzeichneten die Vereinigten Staaten den ersten Handelsvertrag ihrer Geschichte mit Preußen – den Freundschafts- und Handelsvertrag. [...]*

*Der Vertrag erleichterte die Gepflogenheiten des Handels, beispielsweise förderte er den direkten Austausch von schlesischem Leinen und Tabak aus Virginia, und schloss den Mittelsmann – die Engländer – aus einem Handelssystem aus, das sich zunehmend globalisierte. Aber seine tiefere Bedeutung lag in seiner progressiven humanitären Konzeption. Friedrich der Große und die amerikanischen Verhandlungsführer, darunter Thomas Jefferson, Benjamin Franklin und John Adams, vereinbarten, dass die Bedingungen des Vertrags auf den Prinzipien von Gleichheit und Gegenseitigkeit gründen sollten. So wurde es ein Dokument von dauerhafter Bedeutung in der Entwicklung des Völkerrechts.*

*Zusätzlich zu Bestimmungen wie dem Konzept des Most Favored Nation-Status sowie garantierter Gewissens- und Religionsfreiheit für Vertragspartner, legte er Grundsätze bezüglich der Wahrung der Menschlichkeit in Kriegszeiten fest, die bisher als völlig unvereinbar mit der Staatskunst galten. Deshalb könnte man sagen, dass es der erste Vertrag war, gemäß dem das Völkerrecht die Menschenrechte anerkannte.*

*George Washington erklärte einem französischen Zeitgenossen: `Sollten seine Grundsätze in Zukunft als Basis für die Beziehungen zwischen Nationen betrachtet werden, wird er mehr zur allgemeinen Friedensschaffung beitragen als jede andere Maßnahme, die je von Menschen ergriffen wurde`.“ [...]*

*„Das wahre Interesse Friedrichs des Großen an den schönen Künsten – und seine Offenheit ihnen gegenüber – zog zahlreiche Musiker, Schriftsteller, Philosophen und Dichter aus ganz Europa in die preußische Hauptstadt. Auch wenn man ihn als gesellschaftlich konservativ bezeichnen*

*konnte, so machte die Bedeutung, die er Toleranz sowie Redefreiheit beimaß, die Nation doch zu einer großen geistigen und kulturellen – nicht nur einer militärischen – Macht.“ [...]*

*„Wie Amerika war auch Preußen geschickt bei der Verbindung dieser unterschiedlichen Einflüsse zu einer neuen Synthese. Dabei schaffte es völlig Neues und Einzigartiges und präsentierte neue Ideen, die sie dann wieder nach außen, über Europa und den Atlantik hinweg, vermittelten. Das ist meines Erachtens die wahre Stärke der preußischen Kultur. Bis heute profitiert die atlantische Welt von preußischer Kunst und Musik, seinen modernen Verwaltungsstrukturen und seinem Bildungs- und Rechtssystem.“*

[...]

*„Das Bild Preußens als tolerante und ehrliche Gesellschaft wurde durch das Bild eines Preußens ersetzt, in dem exzessiver Militarismus und Nationalismus Fuß gefasst hatten.“*

(Quelle: <https://de.usembassy.gov/de/amerika-preussen/>)

Im Kontrollratsgesetz Nr. 46 der alliierten Besatzermächte des Zweiten Weltkriegs vom 25. Februar 1947 zur Auflösung des Staates Preußen heißt es jedoch, daß Preußen seit jeher „Träger des Militarismus und der Reaktion“ gewesen sei.

Im Widerspruch dazu stehen auch die Ausführungen von Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen; Zitat:

*„Im 18. und 19. Jahrhundert führten sie [die anderen Staaten] etwa 280 Kriege. 28 Prozent waren mit französischer Beteiligung, 26 mit englischer und 23 mit russischer, Preußen war mit acht Prozent dabei. Das Gerede vom preußischen Militarismus verstehe ich nicht. Sicher spielte das Militär eine große Rolle. Das dieser Zusammenhang immer genannt wird, hängt aber auch mit der Propaganda der Nazis zusammen. Sie haben Preußen usurpiert und in der Anfangszeit versucht, mit der preußischen Tradition die konservativen Kreise zu gewinnen. Die Alliierten übernahmen nahtlos diese Lesart, also die Einvernahme Preußens für die Nationalsozialisten. Dabei waren gerade die Beziehungen zwischen Preußen und den USA meist hervorragend. Die Animositäten gegenüber Preußen kamen erst auf, als es Preußen nicht mehr gab. [...] Die Nazis sahen sich in der Kontinuität von Friedrich dem Großen. Diese Sichtweise übernahmen die Alliierten und später die junge deutsche Historiografie nach dem Krieg. Das wundert mich schon. Das Deutsche Kaiserreich war ein Rechtsstaat, das dritte Reich ein totalitärer Unrechtsstaat. Unter den 500 wichtigsten Leuten um Hitler waren gerade 17 Preußen. Nicht von ungefähr: Preußen war für die Nazis ein rotes Tuch.“*

(Quelle: WELT ONLINE vom 23.02.2007 von Ulli Kulke, Felix Müller;

<https://www.welt.de/politik/article732926/Umgang-mit-Preussen-ist-eine-historische-Groteske.html>)

In dem Schriftwerk „Preußen: Aufstieg und Niedergang 1600 – 1947“ von Christopher Clark, Panteon wird wie folgt ausgeführt:

*„Am 25. Mai 1930 erließ die preußische Regierung eine Verordnung, nach der es preußischen Beamten verboten war, Mitglied der NSDAP oder der kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zu sein. Braun drängte seine Kollegen in der Reichsregierung, mit dem Verbot auf Reichsebene nachzuziehen.“*

Bereits am 15. November 1922 erfolgte schon einmal das Parteiverbot der NSDAP in Preußen.

Wie konnte also der NSDAP- Führer innerhalb von wenigen Jahren aus dem Nichts eine Massenbewegung aufbauen (?!),

*„wenn er eine Hunderttausende zählende Privatarmee wie die SA auszurüsten, auszubilden und zu ernähren vermag und eine gewaltige Propagandamaschinerie inklusive Großveranstaltungen mit Hunderttausenden Teilnehmern finanziert, wenn er zweimal die Woche und später täglich den `Völkischen Beobachter` herauszugeben [herausgeben] kann, wenn er überall klotzt und*

*nicht kleckert – feudale Parteizentralen kauft, Tausende von Flaggen und gleich zwei Flugzeuge aufs Mal – dann muß das Geld in Strömen fließen oder gigantische Schuldenberge müssen in die Höhe wachsen.“* (Quelle: Zeitschrift Nr. 47, Robert Walpole „Ein jeder Mensch hat seinen Preis“)

Laut Zeitschrift Nr. 47, Robert Walpole „Ein jeder Mensch hat seinen Preis“ waren großzügige Gönner:

der Schriftsteller Dietrich Eckart, das Ehepaar Edwin und Helene Bechstein (Eigentümer der berühmten Pianofabrik), Ernst von Borsig (Besitzer einer Lokomotivfabrik), Konzernchef Henry Ford (amerikanischer Autoproduzent), der Baltendeutsche Max Erwin Richter, Finanzquellen bei russischen Zarenfreunden und in Deutschland lebende adlige und reiche Exilrussen, Benito Mussolini, John Pierpont Morgan (amerikanischer Bankier), Kurt Lüdecke, Emil Kirdorf, John D. Rockefeller, der Stahlbaron Fritz Thyssen sowie IG Farben.

*„Niemand spendete Hitler aus Idealismus Geld. Jeder sah in ihm einfach ein Mittel zum eigenen Zweck.“* (Quelle: Zeitschrift Nr. 47, Robert Walpole „Ein jeder Mensch hat seinen Preis“)

### **Preußenschlag:**

Am 20. April 1932 wurde der Freistaat Preußen, das letzte große Bollwerk gegen den Faschismus, mit Unterstützung der Privatarmee der NSDAP, gewaltsam in die Weimarer Republik/Drittes Reich völkerrechtswidrig einverleibt, usurpiert und handlungsunfähig gestellt.

Nach der mündlichen Verhandlung vom 10., 14. und 17. Oktober 1932 fällte der Staatsgerichtshof am 25. Oktober 1932 (RGZ 138, Anhang S. 1bis 43) folgende Entscheidung:

*Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen ist mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ihn ermächtigt, preußischen Ministern **vorübergehend** Amtsbefugnisse zu entziehen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reichs zu übertragen. **Diese Ermächtigung durfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern die Vertretung des Landes Preußen im Reichstag, im Reichsrat oder gegenüber anderen Ländern zu entziehen.***

Die NSDAP hatte jedoch bereits dafür gesorgt, daß alle wichtigen politischen und verwaltungstechnischen Ämter durch die Nazis übernommen worden waren, die Ereignisse überschlugen sich und es war nicht mehr möglich, dieses Urteil vom 25. Oktober 1932 umzusetzen und die Handlungsfähigkeit des Freistaats Preußen wieder herzustellen. Schon wenige Monate später, am 30. Januar 1933 kam es zur Machtergreifung Hitlers. Er wurde zum Reichskanzler ernannt.

Der dann darauf folgende Zweite Weltkrieg mit seinen erschütternden Gräueltaten wurde nicht vom Freistaat Preußen, einem demokratischen Rechtsstaat unter der Führung des Ministerpräsidenten Otto Braun (SPD) verursacht, sondern von dem Unrechtsstaat Drittes Reich im Interesse der Finanzgeber des sich entwickelnden globalen Kapitalismus.

Vor diesem Hintergrund ist das Urteil des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober 1932 nun nach dem Ende der Nachkriegsordnung seit dem 27. April 2018 unverzüglich umzusetzen und der Freistaat Preußen ist wieder herzustellen.

Die Menschen haben ein Recht auf die Staatsangehörigkeit ihrer Ahnen und sie haben ein Recht auf ihren Grund- und Boden, welchen sie von ihren Ahnen geerbt haben.

Die Menschen haben ein Recht darauf, ihre im Völkervertragsrecht festgeschriebenen Menschenrechte gewährt zu bekommen, denn Preußen ist Signatar der Genfer Konventionen und der Haager Landkriegsordnung.

Wir, die Menschen in Brandenburg-Preußen / sowjetischen Besatzungszone, haben 45 Jahre lang die Reparationsforderungen der UdSSR aus dem Zweiten Weltkrieg erfüllt.

1990 wurden wir, die Menschen in Brandenburg-Preußen, ein weiteres Mal für 28 Jahre bis zum 27. April 2018 besetzt und von der westalliierten Besatzerverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ feindlich übernommen, ein weiteres Mal ausgeplündert, 70 % der Industrie und die Infrastruktur wurden zerstört und die Schäden waren höher als nach dem zweiten Weltkrieg!!!

In allen Verwaltungsebenen der staatlichen Verwaltung der ehemaligen DDR / sowjetische Besatzungszone wurden die Leitungspositionen von „BRD-Beamte“ übernommen. Das gesamte Volkseigentum der DDR wurde über die Treuhandgesellschaften schadensersatzlos privatisiert, DDR-Bürger waren grundsätzlich vom Erwerb ausgeschlossen. Die Gemeinden wurden komplett enteignet und entmündigt.

Und nun, nach 70 Jahren Besatzung und Fremdherrschaft und nach dem Ende der Nachkriegsordnung seit dem 27. April 2018 setzt die Feind-Verwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ alles daran, unseren Grund und Boden mit Millionen illegalen Migranten neu zu besiedeln und dem indigenen und autochthonen Volk der Preußen weiterhin alle Rechte am Grund und Boden, alle Rechte zur kommunalen Selbstverwaltung sowie alle Völkervertragsrechte weiterhin zu verwehren!

Bereits am 31. Januar 2012, 18:11 Uhr berichten ZEIT ONLINE, AFP, dpa, Reuters :

*„Die Bundesregierung will den Anteil von Migranten im öffentlichen Dienst deutlich erhöhen. Die derzeitige Quote von 9,9 Prozent sei bei weitem nicht ausreichend, sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU) nach dem 5. Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt. [...] In Schulen, Kindergärten Polizei und Verwaltung sind Migranten – gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung – nach wie vor unterrepräsentiert.*

*Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) verwies darauf, daß mit einer neu gestarteten Anzeigenkampagne und der Internetseite wir-sind-bund.de gezielt für Bewerber im öffentlichen Dienst geworben werden solle. [...] `Wir müssen vor allem von den Modellprogrammen schrittweise zu dauerhaften Angeboten für eine verbesserte Integration kommen`, sagte Merkel. Dafür sei der jetzt verabschiedete Aktionsplan `die nächste Stufe`. „*

- Anlage- ZEIT ONLINE „In deutschen Behörden sollen mehr Migranten arbeiten“

Dies vor dem Hintergrund, daß die Feind-Verwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ keine Legitimation des indigenen und autochthonen Volkes der Preußen besitzt, um Migration auf dem Grund und Boden des Staates Freistaat Preußen durchzuführen.

Die BRD verstößt damit gegen das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913, gegen das Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919 und gegen das Strafgesetzbuch des Deutschen Reichs vom 15. Mai 1871 im Rechtsstand vom 30. Juli 1914, zwei Tage vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

Das Völkerrechtssubjekt Freistaat Preußen, legitimer völkerrechtskonformer Rechtsnachfolger des Königreichs Preußen wurde völkerrechtswidrig handlungsunfähig gestellt.

Nach dem Ende der Nachkriegsordnung, seit dem 27. April 2018, ist dieses völkerrechtswidrige Verhalten unverzüglich zu heilen!

Die Verwaltung ist schrittweise an den Freistaat Preußen zurückzugeben und die rechtsstaatlichen Verhältnisse sind in Form der kommunalen Selbstverwaltung wieder herzustellen. Die kriminelle Privatisierung des Volkseigentums durch die Feind-Verwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ ist wieder rück abzuwickeln und angemessener Schadensersatz ist zu leisten.

Seit dem 27. April 2018 ist die nach wie vor völkerrechtskonform gültige Verfassung des Freistaats Preußen anzuwenden und umzusetzen. Es gilt der Rechtsstand vom 18. Juli 1932, zwei Tage vor der gewaltsamen Einverleibung Preußens in die Weimarer Republik/Drittes Reich sowie die Reichsgesetzgebung im Rechtsstand vom 30. Juli 1914, zwei Tage vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

Alle Gesetze der Bundesrepublik Deutschland (BRD) auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen sind aufgehoben. Gesetze der BRD, die den o.g. Gesetzen des Freistaats Preußen und den Gesetzen des Deutschen Reichs nicht entgegen stehen und nicht widersprechen, bleiben vorerst in Kraft.

Wir, die Staatsangehörigen des Freistaats Preußen, gehören zum indigen und autochthonen Volk der Preußen und wir verzichten nicht auf unsere Bodenrechte. Dieser Grund und Boden in Deutschland wurde uns rechtmäßig von unseren Vorfahren vererbt und nur wir, die Staatsangehörigen des Freistaats Preußen sind die Rechteinhaber dieses Grund und Bodens!

Die Parteien/Wirtschaftsvereine der Bundesrepublik Deutschland sind nicht befugt, irgendwelche Rechte bezüglich dieses Grund- und Bodens an private Vereine oder Nichtregierungsorganisationen abzugeben oder illegale Migration auf unserem Grund und Boden durchzuführen!

Es sind die Ausführungsgesetze zur Restitution/Reorganisation des Deutschen Reichs vom 27. November 2016 (AzRR) gültig und anzuwenden.

*„Bis heute profitiert die atlantische Welt von preußischer Kunst und Musik, seinen modernen Verwaltungsstrukturen und seinem Bildungs- und Rechtssystem.“* Kornblum; 16. März 2000

Die Wiederherstellung dieser modernen Verwaltungsstrukturen und dieses Bildungs- und Rechtssystems fordern wir von den Kräften wieder ein, die uns dieses Gut genommen haben, stellvertretend von der Bundesrepublik Deutschland/ Drittes Reich. Wir fordern die alliierten Besatzermächte / Besatzerverwaltung Bundesrepublik Deutschland zur sofortigen Erfüllung der Restitutionspflicht gemäß § 185 Völkerrecht, zur Umsetzung des Urteils des Staatsgerichtshofes vom 25. Oktober 1932 und zur Wiederherstellung des Freistaats Preußen auf.

Es ist dem indigenen und autochthonen Volk der Preußen nicht mehr zumutbar, weiterhin durch von den Globalisten finanzierte Parteien/Wirtschaftsvereine, seit nunmehr 86 Jahren usurpiert und fremdverwaltet, unterdrückt und maßlos ausgebeutet zu werden, denn auch alle Reparationsforderungen der alliierten Mächte des Ersten Weltkrieges wurden bereits voll umfänglich erfüllt. Die letzte Ratenzahlung samt Zinsen erfolgte bereits am 03. Oktober 2010 - vor nunmehr acht Jahren!

Es ist allen Menschen und Völkern dieser Erde nicht mehr zumutbar, durch die herrschenden Globalisten unterdrückt, ausgebeutet, in von den Globalisten initiierten Kriegen gemordet und aus ihrer Heimat mit Hilfe hochbezahlter Schlepperbanden vertrieben zu werden!

Das Ergebnis der Politik der NGO's in der Nachkriegsordnung (z.B. UN, Nato, EU, BRD):

*„Weltweit sind nach UN-Angaben 68,5 Millionen Menschen im Jahr 2017 auf der Flucht gewesen – damit erreichte die Zahl zum fünften Mal in Folge ein trauriges Rekordniveau. Rund die Hälfte der Flüchtlinge waren Kinder [...]“*(ZDF, heute- Nachrichten, 19.06.2018 07:46Uhr)

*„Die besondere Rolle Ramsteins im Drohnenkrieg der US-Regierung ist erst seit wenigen Jahren bekannt: Von der Basis aus wurden in der Vergangenheit Einsätze in Afrika, Jemen und Pakistan gesteuert. Völkerrechtlich sind diese Angriffe umstritten, weil mutmaßliche Terroristen nach unklaren Kriterien getötet werden. Bei den Angriffen sterben auch immer wieder Zivilisten.*

*Ramstein diente in der Vergangenheit auch als Umschlagplatz für Waffen, die an syrische Rebellen geliefert wurden. [...]“*

(Quelle: [www.sueddeutsche.de/politik/2.220/amerikanische-streitkraefte-welche-bedeutung-us-truppen-in-deutschland-haben-1.4035390](http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/amerikanische-streitkraefte-welche-bedeutung-us-truppen-in-deutschland-haben-1.4035390))

Alle Kriegshandlungen, welche vom Grund und Boden des Freistaats Preußen und der Staaten im Staatenbund Deutsches Reich/Deutschland ausgehen, sind sofort zu beenden!

Die menschenwürdige Unterbringung aller Flüchtlinge und aller illegalen Migranten in Transitzentren / Ankerzentren, aus denen die illegalen Einwanderer direkt in die zuständigen Länder zurückgewiesen werden oder bis die illegalen Einwanderer wieder in ihren Heimatstaat zurückreisen, ist sofort umzusetzen.

Eine dauerhafte Integration von Ausländern durch die BRD-Institutionen, mit einer Scheinstaatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland auf dem Staatsterritorium des Freistaats Preußen verstößt gegen das Völkervertragsrecht, gegen die Haager Landkriegsordnung, gegen die Reichsgesetzgebung etc. pp., da die BRD keine hoheitlichen Rechte auf unserem Staatshoheitsgebiet besitzt.

Die Einhaltung der Koalitionsvereinbarungen zwischen den Parteien/Wirtschaftsvereinen „CDU/CSU“ und „SPD“ sind mit dem Ende der Nachkriegsordnung seit dem 27. April 2018 auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen nicht mehr bindend, da diese Parteiabgeordneten nicht vom Staatsvolk des Freistaats Preußen gewählt wurden, diese Parteien nicht im Freistaat Preußen zugelassen und die Verwaltungsaufgaben der Alliierten durch die BRD ebenfalls seit dem 27. April 2018 zu Ende sind.

Den Anordnungen der administrativen Regierung des Freistaats Preußen ist Folge zu leisten.

Die Bundesrepublik Deutschland ist hier auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen kein Staat, da

1. diese Bundesrepublik Deutschland auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen und auf den Territorien der Glied-/Bundesstaaten des Zweiten Deutschen Reichs kein Staatshoheitsgebiet besitzt. Das Gebiet des Staates Bundesrepublik Deutschland, Rechtsnachfolger des Dritten Reichs, befindet sich am Südpol in Neuschwabenland exterritorial zum Zweiten Deutschen Reich/Deutschland. Dieses Gebiet wurde vom Dritten Reich in einer Expedition in den Jahren 1938/39 völkerrechtskonform abgesteckt.
2. diese Bundesrepublik Deutschland den vermuteten Deutschen folgerichtig auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen auf Grund „fehlenden

Sachbescheidungsinteresse“ der Zugang zur Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland verweigert wird. Daher kann die Bundesrepublik Deutschland gerade von diesen Menschen auch als Staat auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen nicht anerkannt werden.

3. diese Bundesrepublik Deutschland auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen keine hoheitlichen Rechte besitzt, kann diese Bundesrepublik Deutschland keine Einbürgerung / Integration von Ausländern auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen durchführen. Die BRD betreibt völkerrechtswidrig illegale Einwanderung unter Usurpation des Freistaats Preußen.

Anlage:

Integrationsgipfel; ZEIT ONLINE „In deutschen Behörden sollen mehr Migranten arbeiten“; 31. Januar 2012

Gegeben zu Berlin, am 06. Juli 2018

Mit freundlichen Grüßen



*Ada Amelia  
a. d. F.  
Präsidentin*

Integrationsgipfel

## In deutschen Behörden sollen mehr Migranten arbeiten

Um das Vertrauen von Zuwanderern in den Staat zu bessern, sollen sie in Behörden stärker willkommen sein. Migranten-Verbände fordern eine zweite Deutsche Einheit.

Von **AFP, dpa** und **Reuters**

31. Januar 2012, 18:11 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, AFP, Reuters / 234 Kommentare

Die Bundesregierung will den Anteil von Migranten im öffentlichen Dienst deutlich erhöhen. Die derzeitige Quote von 9,9 Prozent sei bei Weitem nicht ausreichend, sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU) nach dem 5. Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt [<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/IB/Artikel/Nationaler%20Integrationsplan/2012-12-31-integrationsgipfel-5.html>]. "Der öffentliche Dienst hat eine Vorbildfunktion, wenn es um den Arbeitsmarkt geht", sagte die Staatsministerin. Künftig solle es auch mehr Migranten in Spitzenfunktionen geben.

In Schulen, Kindergärten, Polizei und Verwaltung sind Migranten – gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung – nach wie vor unterrepräsentiert. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) verwies darauf, dass mit einer neu gestarteten Anzeigenkampagne und der Internetseite wir-sind-bund.de [<http://www.wir-sind-bund.de/WSB/DE/Startseite/startseite-node.html>] gezielt für Bewerber im öffentlichen Dienst geworben werden solle. So gebe es etwa bei der Feuerwehr noch viel zu wenige Migranten. "Da ist der Sport schon weiter", sagte sie. Auch bei den Medien müsse der Anteil an Zuwanderern erhöht werden.

Merkel sagte, mehr Migranten bei der Polizei und anderen Sicherheitsinstitutionen könnten das Vertrauen der Zuwanderer in diese stärken. Nach Bekanntwerden der rechtsextremen Mordserie an neun Geschäftsinhabern türkischer und griechischer Herkunft sowie an einer Polizistin war das Vertrauen von Zuwanderern in deutsche Sicherheitsbehörden erheblich gesunken [<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-01/einwanderer-polizei-misstrauen>].

### Nationaler Integrationsplan

Merkel wie Böhmer sprachen von einer "neuen Willkommenskultur" für Migranten [<https://www.zeit.de/wirtschaft/2012-01/einwanderer-deutschland-einleitung>] in Deutschland. Angesichts des demografischen Wandels sei das Thema dringender denn je, sagte die Bundeskanzlerin. "Wir werden mehr Menschen mit Migrationshintergrund sein", sagte Merkel. Das sollte als Chance, nicht als Bedrohung gesehen werden. "Wir sagen sehr deutlich: Ihr gehört dazu", sagte Böhmer.

Verabschiedet wurde bei dem Treffen der Nationale Aktionsplan Integration, der verbindliche und messbare Ziele der Politik vorgeben soll. Darin geht es vor allem um Sprache, Bildung und Ausbildung sowie den Arbeitsmarkt mitsamt der Förderung für den Öffentlichen Dienst. "Wir müssen vor allem von den Modellprogrammen schrittweise zu dauerhaften Angeboten für eine verbesserte Integration kommen", sagte Merkel. Dafür sei der jetzt verabschiedete Aktionsplan "die nächste Stufe".

### "Herzen und Köpfe erreichen"

Der Vize-Vorsitzende der Alevitischen Gemeinde Deutschlands, Ali Ertan Toprak, sagte, in der



Integrationspolitik seien in den letzten Jahren mehr Fortschritte [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-01/integrationsbericht-debatte>] erzielt worden als in den Jahrzehnten zuvor. Aber oftmals konzentrierten sich die Anstrengungen auf Defizite von Zuwanderern oder technische Fragen der Integration. "Es ist an der Zeit, die Herzen und Köpfe aller Menschen zu erreichen", sagte er. "Wir brauchen die zweite Deutsche Einheit." Migranten würden sich als Teil der Gesellschaft sehen und als Deutsche fühlen. Deshalb sei das Wort eigentlich falsch.

Kritik am Integrationsgipfel kam von den Grünen und Linken. Der Sprecher für Migrations- und Integrationspolitik der Grünen-Fraktion, Memet Kilic, sprach von einem "symbolischen Kaffeekränzchen". Er verlangte niedrigere Hürden für Einbürgerungen und eine Ausweitung des Kommunalwahlrechts auf Nicht-EU-Bürger. Die Linken-Vorstandsmitglieder Ali Al Dailami und Katina Schubert forderten umfassende Reformen des Staatsangehörigkeitsrechts und des Wahlrechts sowie einen Aktionsplan gegen Rassismus.



